

SANKTIONEN AUS BRÜSSEL

EU verhängt Sanktionen gegen Schweizer Ex-Oberst Baud, Franzosen und US-Amerikaner

Die EU sanktioniert 14 Personen. Unter ihnen befindet sich auch ein Ex-Oberst Baud aus der Schweiz. Der Grund: Sie vertreten die falschen Narrative.



Harald Neuber

16.12.2025

🔄 16.12.2025, 13:19 Uhr



Vertritt laut EU die falschen Narrative: Schweizer Oberst a.D. Jacques Baud
Grégory Yetchmeniza/imagio

Die Europäische Union hat am 15. Dezember 2025 [Sanktionen gegen 14 Personen und zwei Organisationen](#) beschlossen. Die Maßnahmen richten sich gegen mutmaßliche Unterstützer russischer Desinformationskampagnen. Zu den Betroffenen gehört der ehemalige Schweizer Oberst Jacques Baud.

Laut EU-Ratsbeschluss tritt der 69-jährige Baud regelmäßig in „prorussischen“ Fernseh- und Radioprogrammen auf. Die EU-Behörden werfen ihm vor, Verschwörungstheorien zu verbreiten. In der Begründung heißt es, er behaupte etwa, die Regierung der Ukraine habe die Invasion Russlands in Kauf genommen, um ihre Chancen auf einen Beitritt zur Nato zu erhöhen.

Sind strittige Meinungen eine Bedrohung?

Die EU sieht darin eine Unterstützung von Handlungen, die die Sicherheit in Drittländern bedrohen könnten. Insgesamt werden in dem EU-Ratsdokument 13-mal falsche staatliche,

diplomatische oder außenpolitische Narrative als Grund genannt.

Der französische Geschäftsmann Xavier Moreau wurde ebenfalls auf die Liste gesetzt. Der 53-jährige ehemalige Offizier betreibt die Website Stratpol.com. Nach Angaben der EU verbreite er ähnliche Narrative über den Ukraine-Konflikt wie Baud.

Sanktionen auch gegen ehemaligen Deputy Sheriff der USA

John Mark Dougan, ein ehemaliger stellvertretender Deputy Sheriff aus Florida, gehört gleichfalls zu den Sanktionierten. Der 48-Jährige war 2016 nach Russland ausgereist und besitzt mittlerweile auch die russische Staatsbürgerschaft. Die EU-Behörden beschuldigen ihn, von Moskau aus Medien zu betreiben.

Die Journalistin Diana Panchenko, die sowohl die ukrainische als auch die russische Staatsbürgerschaft besitzt, wurde nach EU-Darstellung wegen der Verbreitung gegen die Ukraine und die Nato gerichteter Inhalte sanktioniert. Die 36-Jährige habe in besetzten ukrainischen Gebieten Beiträge produziert, die der ukrainische Sicherheitsdienst als Propaganda bezeichnet habe.

Analysten und Wissenschaftler betroffen

Mehrere russische Politikwissenschaftler und Analysten stehen ebenfalls auf der Sanktionsliste. Darunter befinden sich Fyodor Lukyanov, Chefredakteur des Onlineportals Russia in Global Affairs und Forschungsdirektor des Valdai Discussion Club, sowie Ivan Timofeev, Generaldirektor des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten.

Dmitry Suslov von der Higher School of Economics in Moskau habe 2024 in einer öffentlichen Äußerung eine „demonstrative nukleare Explosion“ als mögliche Option genannt, um nach seinen Worten „den Westen an die Gefahren eines Atomkriegs zu erinnern“, so die EU-Begründung.



Top-Völkerrechtler rechnet mit EU ab: Russland-Enteignung „absolut illegal“

Robert Volterra, Londoner Spitzenanwalt, sagt: Russisches Vermögen zu konfiszieren, würde die EU auf Generationen verfolgen. Moskau kündigt Vergeltung an.

Von Michael Maier

Geopolitik gestern



Drei mutmaßliche Mitglieder der GRU-Einheit 29155 – Vladislav Borovkov, Denis Denisenko und Dmitry Goloshubov – wurden wegen angeblicher Cyberangriffe sanktioniert. Die EU

wirft ihnen vor, zwischen 2020 und 2024 an Attacken auf ukrainische Regierungssysteme beteiligt gewesen zu sein. Die Gruppe „Cadet Blizzard“ habe nach EU-Angaben auch Ziele in Mitgliedstaaten der Union und der Nato angegriffen.



EU: Streit um russisches Zentralbank-Vermögen eskaliert – Achtung, die Deutschen kommen!

Kanzler Merz und EU-Kommissionschefin von der Leyen spielen Russisch Roulette für die Ukraine – auf dem Rücken der Belgier. Eine Kolumne.

Von Eric Bonse

Internationales 14.12.2025



Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, hatte im Juli 2025 erklärt, russische Aktivitäten stellten Teil umfassender hybrider Kampagnen dar. Diese richteten sich nach ihrer Einschätzung gegen die Sicherheit und demokratischen Grundlagen der Union und ihrer Partner.

Die Sanktionen umfassen Einreiseverbote in die EU und das Einfrieren eventueller Vermögenswerte der Betroffenen in der Union. Der Beschluss wurde am 15. Dezember 2025 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.